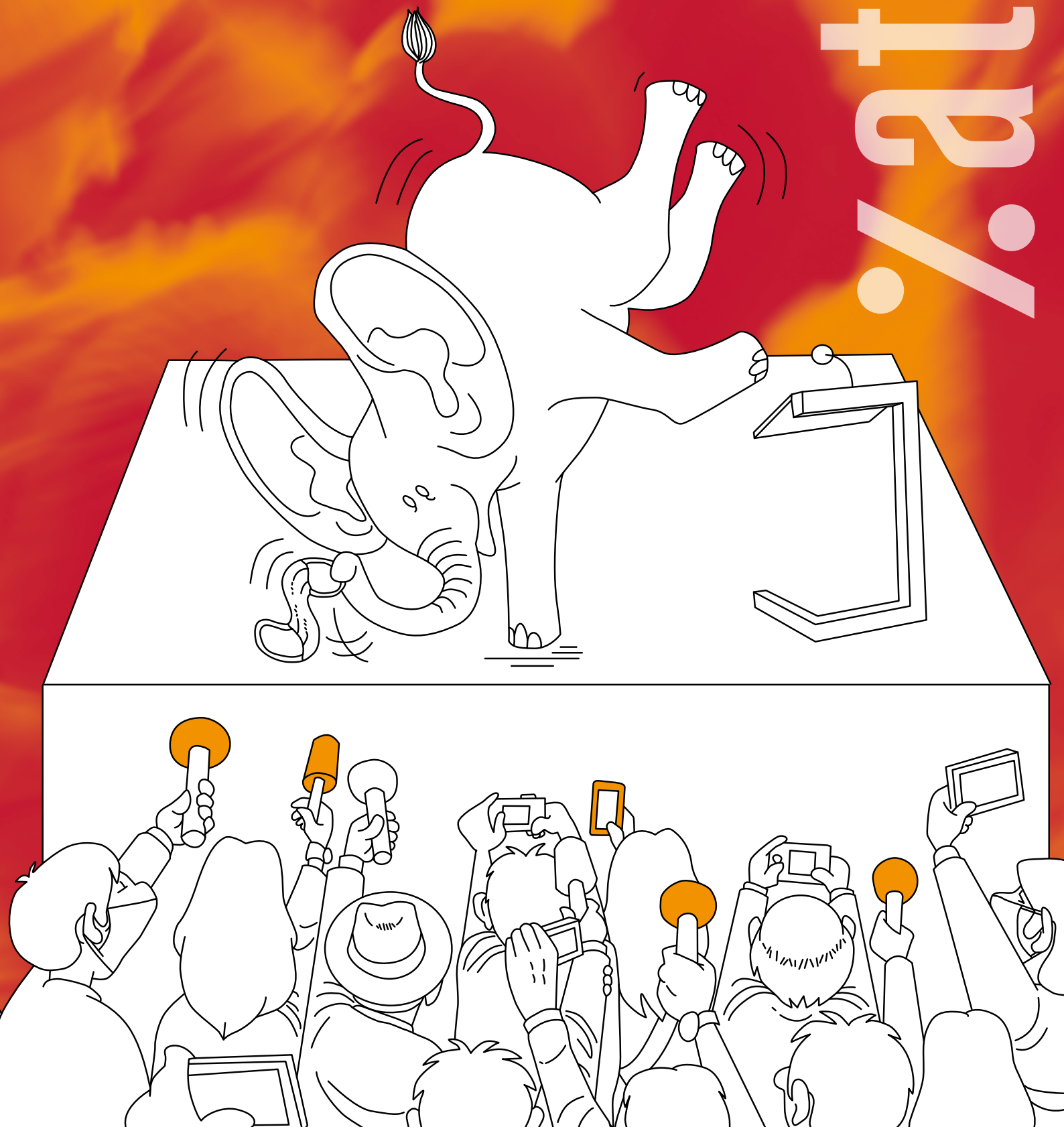
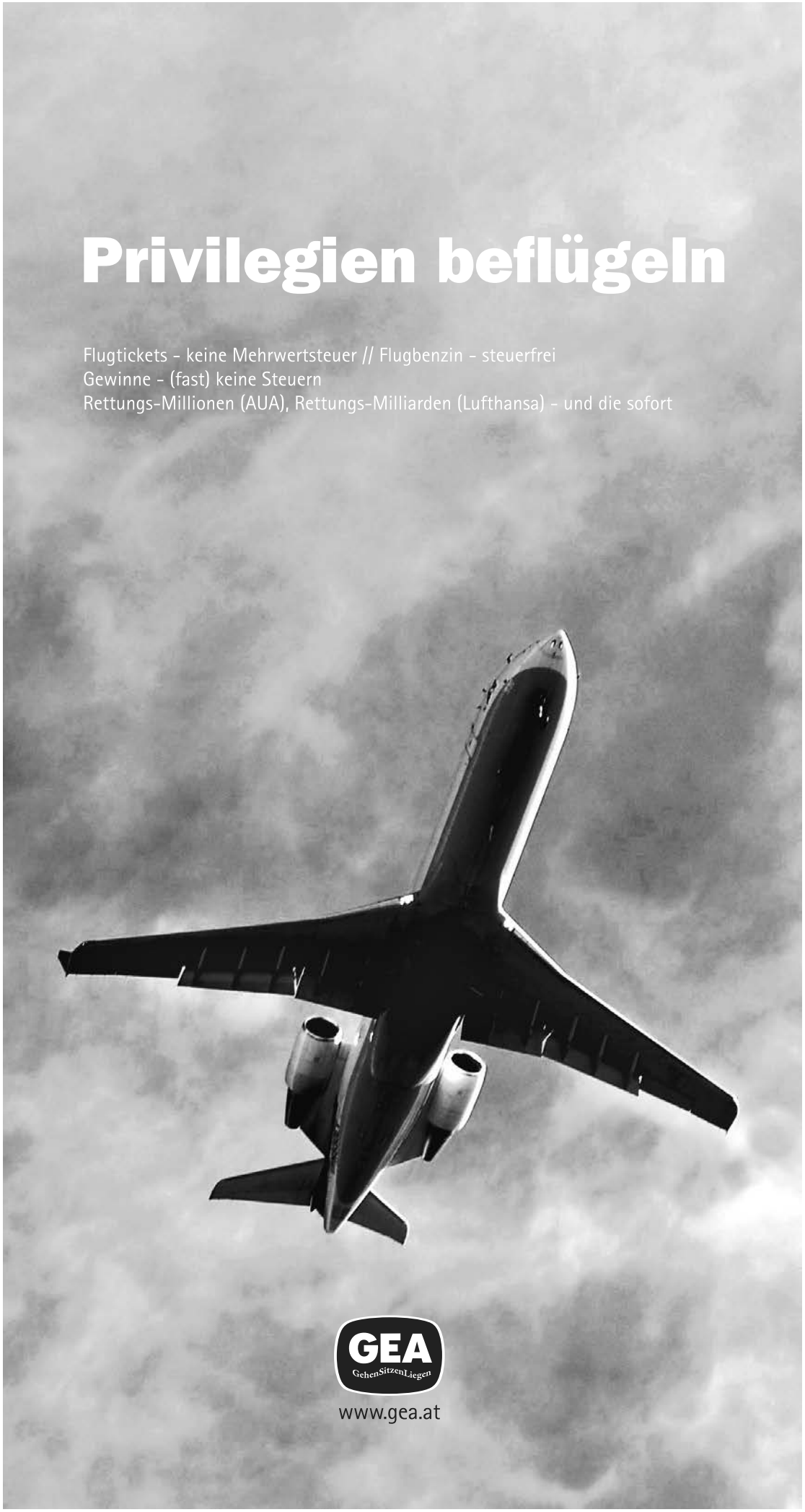
2020/2

attac



Wäre die heimische Schuh-(und Textil-) Industrie *in gleicher oder ähnlicher Weise - wie Fluggesellschaften oder Banken - gerettet und gefördert worden, gäbe es heute noch blühende, Schuh-erzeugende Landschaften. Stattdessen haben wir in Europa 30 Millionen Arbeitslose. Allein in der Schuhindustrie gingen Millionen Arbeitsplätze verloren. Die europäische Schuhindustrie war - ohne jeden Zweifel -die beste der Welt. Durch ihren Niedergang verloren wir fantastisches Know-How. Die ganze sogenannte "Globale Wirtschaft" ist auf Sonder-Privilegien aufgebaut. Unseren ? Regierungen gewähren diese per Gesetz. Soo leisten unsere ? Regierungen einen entscheidenden Beitrag zur Zerstörung der heimischen Klein- und Mittelbetriebe. Das Gebot der Stunde muss heißen: Fairness und Ökologisierung in der Wirtschaft. Viele der Waren des Weltmarktes kommen mit dem Flugzeug daher - Achtung: die Flugzeuge transportieren nicht nur Waren und Menschen, sondern auch VIREN. Ja, so banal ist das. Denn die Viren haben keinen eigenen Propeller. Die wahnsinnige Mobilität der globalen Wirtschaft wird mehr und mehr eine Gefahr für uns alle. Der Schluss daraus: WIEDERAUFBAU der zerstörten Strukturen. Stärkung der regionalen Wirtschaft. Drum: Bleiben wir am Boden. Gehen wir zu Fuß. Am besten mit ... !... erraten? ... natürlich mit Waldviertlern!*



inhaltsverzeichnis

Corona-Lastenausgleich	4
Feministisches Konjunkturpaket	6
EU-Aufbaufonds	8
ISDS-Klagen in Corona-Zeiten	9
Der Klima-Corona-Deal	10
20 Jahre Attac	11
EU-Mercosur Abkommen	15
Österreich & Sonderklagerechte	16
Demokratisierung der Wirtschaft	18
Attac leichter lesbar	20

Impressum
Attac Österreich Magazin 2020/2

Attac Österreich
Netzwerk zur demokratischen Kontrolle
der Finanzmärkte

Margaretenstraße 166/3/25
A-1050 Wien
Tel: 01/544 00 10
Fax: 01/544 00 59
Internet: www.attac.at
E-Mail: infos@attac.at
IBAN: AT552011182424891500
BIC: GIBAATWWXXX

Grafik: Christian Berger, Elisabeth Blum, Walerie Borowski, Wolfgang Homola, Anne Lange, Klara Tolnai
Druck: gugler* print,
Auflage: 4.500 Stück
Für den Inhalt verantwortlich:
Attac Österreich
Fotos (wenn nicht anders angegeben):
Attac Österreich
Inseratenakquisition: Wilhelm Zwirner
Redaktion: Barbara Cäcilia Supper-Schmitzberger, David Walch
Gesamtkoordination: Barbara Cäcilia Supper-Schmitzberger
(Namen in alphabetischer Reihenfolge)

Vervielfältigung erwünscht, bei Veröffentlichungen bitten wir um Belegexemplare.

Wien, Oktober 2020

Liebe Leserin, lieber Leser!

Was für ein Jahr?! Diesen Satz hört man oft, doch auf 2020 trifft er tatsächlich zu.

Eine Krankheit breitet sich in kürzester Zeit weltweit aus; sie zeigt uns, was schief läuft im Wirtschaftssystem, wie vernetzt und fragil es ist. Covid-19 hat deutlich gemacht, welche Menschen wichtige Arbeit leisten, aber nie honoriert, sondern – im Gegenteil – ausgebeutet werden: Die „Systemerhalter*innen“ sind überwiegend Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund.

Covid-19 schlug auch bei Attac ein: Wir mussten die Anders Handeln-Konferenz kurzfristig absagen und das Attac Büro auf Home-Office umstellen. Wir konnten die Sommer-Akademie gar nicht und die Aktivist*innenversammlung nur online durchführen. Wir hatten viel geplant für 2020, doch das Agenda-Setting wurde uns aus der Hand gerissen. Allerdings nicht in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Im Lockdown starteten wir kurzerhand eine Webinar-Reihe und brachten uns mit dem Corona-Lastenausgleich in die Verteilungsdebatte ein: 70 – 80 Milliarden Euro sollen die 10.000 Reichsten zur Bewältigung der Krise beitragen. Denn die Corona-Krise muss solidarisch bewältigt werden – und unsere Solidarität gilt jenen, die am stärksten von der Krise betroffen sind. Deswegen fordern wir auch ein feministisches Konjunkturpaket in der Höhe von 12 Milliarden Euro.

Obwohl die Corona-Pandemie derzeit die Schlagzeilen beherrscht, haben wir auch immer die Klimakrise im Blick: Für uns ist der notwendige Umbau der Wirtschaft feministisch, antirassistisch, solidarisch, global und klimagerecht. Das zeigt sich auch in neuen Bündnissen: Attac hat den Klima-Corona-Deal gemeinsam mit 94 Organisationen und mehr als 500 Wissenschafter*innen an die Regierung übergeben.

Auch intern tut sich einiges: Attac hat zum 20-Jahre-Jubiläum einen Organisationsentwicklungsprozess gestartet – mit Online-Meetings, einem Symposium zu Strategien und Ansätzen der nötigen radikalen Veränderungen, Arbeitskreisen und wertschätzenden Interviews mit Attac-Aktivist*innen. Wir wollen die eigenen Ressourcen sammeln und unsere Stärken bestmöglich nutzen.

Und ganz, ganz wichtig: Wir wollen Attac auch gebührend feiern! Ja, das dürfen wir. Wir freuen uns auf unser (coronabedingt leider nur virtuelles) 20-Jahre-Jubiläum und wir freuen uns auf die Zukunft. Denn unser Blick richtet sich nach vorne: Wir werden das Klimakiller-Abkommen „EU-Mercosur“ verhindern, damit die Attacies auch in 20 Jahren noch sagen können: „Ich bin stolz ein Teil von Attac zu sein.“ (Zitat aus einem wertschätzenden Interview)

Das Vorstandsteam
von Attac Österreich

warum wir einen lastenausgleich der reichsten brauchen

von David Walch

Auf unsere Gesellschaft kommen gigantische Lasten zu, weil die Corona-Krise und die Maßnahmen zu ihrer Bewältigung eine tiefe Wirtschaftskrise auslösen. Die Arbeitslosigkeit ist heute höher als je zuvor in der Zweiten Republik. Vor allem junge, schlecht bezahlte und prekär Beschäftigte drohen wirtschaftlich am stärksten von der Krise getroffen zu werden. Stress, Überlastung und psychische Erkrankungen nehmen zu.

Die finanziellen Lasten der Krise werden uns noch jahrelang verfolgen – und jemand wird sie tragen müssen. In der letzten Wirtschaftskrise nach 2008 war das die breite Bevölkerung. Auch jetzt besteht die Gefahr, dass nach der Krise Arme und Arbeitslose draufzahlen, ebenso wie jene, deren unverzichtbare Arbeit zu Beginn der Pandemie so gepriesen wurde – Supermarktkassierer*innen, Pflegekräfte, Putzpersonal, Erntehelfer*innen und Ärzt*innen. So weit darf es nicht kommen!

Das Geld zur Bewältigung der Krise ist da. Der extreme Reichtum einiger weniger hat in Österreich astronomische Ausmaße erreicht:

- Die 40 reichsten Familien des Landes besitzen je über 1 Milliarde Euro.
- Das reichste 1 Prozent in Österreich besitzt über 40 Prozent des gesamten Privatvermögens, das sind 500 Milliarden Euro.

Deswegen fordert Attac einen „Corona-Lastenausgleich“ von den Reichsten

Konkret bedeutet das: Vermögen ab 5 Millionen Euro sollen einen gerechten Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten. Und so funktioniert der Corona-Lastenausgleich im Detail:

- Der Lastenausgleich hat einen Freibetrag von 5 Millionen Euro pro Person. Versteuert wird nur das Vermögen über dem Freibetrag.
- Der Eingangssatz beträgt 10 Prozent (ab dem Freibetrag von 5 Millionen Euro), der mittlere Satz Euro 30 Prozent (ab 100 Millionen) und ab 1 Milliarde Euro 60 Prozent.
- Gegenstand des Ausgleichs ist das Nettovermögen, d. h. alle Vermögensarten werden abzüglich eventueller Schulden in die Berechnung einbezogen.
- Der Lastenausgleich wird in Raten über 5 Jahre bezahlt, bei Betriebsvermögen über 15 Jahre.
- Bei Betriebsvermögen werden jährlich Lohn- und Sozialabgaben für angestelltes Personal in Österreich abgezogen. Das sichert, ja fördert sogar Arbeitsplätze und Neuanstellungen.
- Um Ausweichreaktionen zu vermeiden, wird für die Berechnung des Corona-Lastenausgleichs ein Stichtag in der Vergangenheit (Mitte März 2020) festgesetzt.
- Ein gemeinsames internationales oder zumindest europäisches Vorgehen wäre am besten. Ist das nicht möglich, muss Österreich als Pionier vorangehen.

Unsere Berechnungen ergeben, dass mit dem Lastenausgleich rund 70 bis 80 Milliarden Euro eingenommen werden könnten – mehr als ein Drittel davon allein von Milliardär*innen.

Zusätzlich zum einmaligen Corona-Lastenausgleich braucht es selbstverständlich auch in normalen Zeiten eine dauerhafte Besteuerung von Vermögen und Erbschaften sowie eine gerechtere Besteuerung von Konzernen und Kapitaleinkommen.

Der Corona-Lastenausgleich kann dazu beitragen zentrale gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme zu lösen:

- Der Corona-Lastenausgleich sorgt dafür, dass die wenigen Reichsten ihren gerechten Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten.
- Er schont jene, die von Armut, Arbeitslosigkeit und Prekarität betroffen sind, ebenso wie jene, deren harte Arbeit uns durch die Krise bringt.
- Er ermöglicht dringend notwendige Zukunftsinvestitionen, etwa in Bildung, Gesundheit öffentliche Infrastruktur und die notwendige sozial-ökologische Umgestaltung der Wirtschaft.
- Er senkt die krasse und jahrzehntelang gestiegene Ungleichheit. Er bildet den Einstieg in eine gerechtere Besteuerung von Vermögen.
- Er stabilisiert das Finanzsystem, indem er dem aufgeblähten und krisenanfälligen Finanzsektor Mittel entzieht.

Die Attac-Senior*innen machen sich stark für den Lastenausgleich.

Historisches Vorbild: Der deutsche Lastenausgleich 1949

Der Corona-Lastenausgleich mag radikal erscheinen, doch bereits in der Vergangenheit haben Staaten zur Bewältigung von finanziellen Ausnahmesituationen auf einmalige Vermögensabgaben zurückgegriffen.

Das bekannteste Beispiel ist der deutsche Lastenausgleich nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Jahr 1949 erhob der Staat eine Abgabe von 50 Prozent auf Grund-, Betriebs- und Finanzvermögen. Der Lastenausgleich trug wesentlich zum Wiederaufbau bei und war laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung ein "finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischer Erfolg." Das Beispiel Deutschlands zeigt: Ein Lastenausgleich kann erfolgreich umgesetzt werden.

Daher unterstützen auch namhafte Ökonom*innen und Prominente unsere Forderung:

- Kurt Bayer, ehem. Exekutivdirektor der Weltbank und Board Director in der Europäischen Bank für Wiederaufbau (EBRD) in London
- Luise Gubitzer, Univ. Prof.in (em.), Wirtschaftsuniversität Wien
- Maximilian Kasy, Associate Professor am Department of Economics, Oxford University (zuvor Harvard University)
- Walter Otto Ötsch, Prof. für Ökonomie und Kulturgeschichte an der Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung (zuvor Johannes Kepler Universität Linz)
- Miriam Rehm, Juniorprofessorin für Sozioökonomie mit Schwerpunkt Empirische Ungleichheitsforschung an der Universität Duisburg/Essen
- Brigitte Young, Univ. Prof.in (em.) für Internationale Politische Ökonomie am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster
- Ulrich Brand, Univ. Prof. für Internationale Politik, Universität Wien
- Christian Felber, Affiliate Scholar am IASS Potsdam, Initiator der Gemeinwohl-Ökonomie
- Alois Stöger, ehem. Gesundheitsminister sowie Arbeits- und Sozialminister
- Ilija Trojanow, Schriftsteller, Übersetzer und Verleger

Unterstützen Sie den Corona-Lastenausgleich!

Der Weg aus der Corona-Krise kann und darf keine Rückkehr zum alten Status Quo sein, sondern muss uns in eine bessere Zukunft führen. Wir müssen unsere Gesellschaft widerstandsfähiger, gerechter und demokratischer machen!

Knapp 10.000 Einzelpersonen unterstützen den Corona-Lastenausgleich bereits.

Unterzeichnen auch Sie unsere Petition auf
www.attac.at/lastenausgleich

stützen des systems, schlecht entlohnt, doppelt und dreifach belastet

von Elisabeth Klatzer

Die Corona-Krise hat für viele Menschen hohe Kosten verursacht. Speziell Frauen haben unter extremen Belastungen die Gesellschaft und Wirtschaft am Laufen gehalten. Dazu zählt die Arbeit in systemrelevanten, aber grundsätzlich schlecht bezahlten Berufen im Gesundheitsbereich, in Supermärkten und in der Pflege. Sie wird mehrheitlich von Frauen in oftmals ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen erbracht. Rund 85 Prozent der Corona-Arbeitslosen sind Frauen. Das wird zusätzlich negative Folgen auf ihre Alterssicherung haben.

Zu Hause übernahmen Frauen schon vor der Krise zu rund zwei Dritteln die unbezahlte Arbeit – Haushalt, Kinderbetreuung, Pflege. Die Corona-Pandemie hat sie durch zusätzliche unbezahlte Betreuungsarbeit noch stärker belastet. Eine Umfrage zeigt, dass Frauen während des Corona-Lockdowns 12,5 Stunden pro Woche (das sind 1,5 Vollzeit-Arbeitstage) mehr unbezahlt gearbeitet haben als Männer. Viele Mütter mussten Urlaub nehmen, um die Kinder zu beaufsichtigen oder zu unterrichten.

Zusätzlich waren Frauen in Familien in Quarantäne und mit finanziellen Sorgen verstärkt von häuslicher Gewalt betroffen, wie Zahlen aus Österreich und Studien aus Deutschland belegen.

Aktuelle Krisenpolitik ist blind für Geschlechterverhältnisse

Die aktuelle Krisenpolitik der Regierung trägt all dem nicht Rechnung. Sie ist im Wesentlichen eine Politik von Männern für Männer, die Geschlechterverhältnisse ignoriert. Dementsprechend gibt es auch keine offiziellen Analysen zu den geschlechterspezifischen Auswirkungen der Regierungs-Maßnahmen. Die Gefahr ist also groß, dass Frauen trotz „lobender Erwähnung“ als Verliererinnen aus der Corona-Krise hervorgehen.

Berechnungen von Femme Fiscale* zeigen, dass Männer von den steuerpolitischen Maßnahmen des Konjunkturpakets in Summe um ein Viertel mehr profitieren als Frauen. Bei jenen Maßnahmen, die das Verteilungsverhältnis für Frauen noch etwas verbessern, handelt es sich zudem um Einmalmaßnahmen, die 2021 nicht mehr wirksam sind – darunter die Negativsteuer für Geringverdiener*innen und die Zuzahlungen zur Familienbeihilfe oder für Arbeitslose. Und von der Senkung der Einkommenssteuer werden Männer sogar um rund die Hälfte mehr profitieren als Frauen. Denn das untere Einkommensfünftel (die 20 Prozent mit den niedrigsten Einkommen) profitiert davon de facto gar nicht – in diesem Segment sind jedoch 70 Prozent Frauen.

Das Konjunkturpaket der Regierung weist auch bei den Investitionen eine deutliche Schieflage zu Lasten von Frauen aus: Ein Teil der geplanten Investitionen, vor allem in Klimaschutz, ist wichtig. Doch vom Ausbau erneuerbarer Energien, des öffentlichen Verkehrs sowie Gebäudesanierungen werden großteils männlich dominierte Berufe profitieren. Diese Investitionen haben zudem vergleichsweise geringe Beschäftigungseffekte und geringe gesamtwirtschaftliche Wirkungen.

Ein Konjunkturpaket, das den Frauen hilft

Als Gegenprogramm zur bisherigen Krisenpolitik der Regierung fordert Femme Fiscale zusätzlich ein feministisches Konjunkturpaket.

Das feministische Konjunkturpaket im Ausmaß von 12 Milliarden Euro besteht aus 3 Teilen:

- **Ein Zukunfts- & Bildungspaket im Ausmaß von 5 Milliarden Euro**
  Investitionen in Kindergärten und Schulen verbessern nicht nur die Zukunftschancen unserer Kinder und die Arbeitsbedingungen vieler Frauen. Sie verbessern auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wovon Frauen und insbesondere Alleinerzieher*innen am stärksten profitieren. Und sie haben ein besonders hohes Potential als Wirtschaftsmotor.

- **Ein Pflegepaket im Ausmaß von 4 Milliarden Euro**
  Eine Verdoppelung der öffentlichen Ausgaben schafft menschenwürdige Pflege zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen.

- **Ein Solidaritäts- & Lebensrettungspaket im Ausmaß von 3 Milliarden Euro**
  Das Solidaritäts- und Lebensrettungspaket schützt die Gesundheit und bringt gleichzeitig wichtige wirtschaftliche Vorteile mit sich. Gewalt gegen Frauen und psychosoziale Belastungen haben nicht nur individuelle, sondern auch hohe volkswirtschaftliche Kosten. Die Erhöhung von Arbeitslosengeld und Mindestsicherung sichert Lebensgrundlagen und schafft jetzt besonders wichtige Nachfrage.

Finanziert werden kann das Paket durch Beiträge der Reichsten unserer Gesellschaft. Als Anstoßfinanzierung würde ein einmaliger Corona-Lastenausgleich auf hohe Vermögen 70 bis 80 Milliarden Euro (auf 5 Jahre) einbringen (siehe dazu auch Seiten 4 und 5).

Zehntausende neue Jobs und höhere Nachfrage-Effekte wären die Folge

Da Investitionen wie Kinderbetreuung, Bildung, Pflege und Gesundheit laut Studien doppelt so viele Arbeitsplätze wie Investitionen in „Beton“ schaffen, würde dies auch die Wirtschaft beleben.

Allein die Hälfte des vorgeschlagenen Paketes schafft 165.000 bis 180.000 neue Jobs. Der hohe Anteil von Löhnen und Gehältern schafft auch positive volkswirtschaftliche Nachfrage-Effekte. Dazu kommen hohe Rückflüsse durch Steuern und Sozialabgaben, die sich auch für das öffentliche Budget rechnen.

Zusätzlich verbessern diese Investitionen das Angebot an öffentlichen Leistungen, die alle Menschen nutzen können und tragen zu einem guten Leben für alle Menschen bei. Und: Diese Jobs sind „grüne Jobs“ mit geringem CO_2-Ausstoß.

Das feministische Konjunkturpaket zeigt daher den Weg in eine gute Zukunft für alle!

Sie können das Konjunkturpaket unterstützen: Die Petition und alle Details zum Paket gibt es auf *www.attac.at/feministisches-konjunkturpaket*

*** Femme Fiscale ist eine Initiative, die sich für geschlechtergerechte Steuer- und Budgetpolitik einsetzt. Mit dabei sind unter anderem Attac, Österreichischer Frauenring, Plattform 20000frauen, Katholische Frauenbewegung Österreichs, Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen, OBRA – One Billion Rising Austria, WIDE – Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven**

EU-aufbauplan

keine angemessene antwort auf die krise

von Lisa Mittendrein

Im Sommer haben sich die Staats- und Regierungschef*innen über das EU-Budget und neue Maßnahmen gegen die Corona-Krise geeinigt. Die Mitgliedstaaten erhalten zur Bewältigung der Krise Kredite und Beihilfen von der EU-Kommission. Dafür gibt es rund 750 Milliarden Euro – etwa zur Hälfte (rückzahlbare) Kredite und (nicht rückzahlbare) Beihilfen. Die EU finanziert das Ganze, indem sie an den Finanzmärkten Geld aufnimmt.

Wirklich bedeutsam sind davon nur die 390 Milliarden an Beihilfen – denn günstige Kredite bekommen die Mitgliedstaaten derzeit dank der EZB-Politik auch anderswo. Die Beihilfen machen für drei Jahre insgesamt etwa 0,7 Prozent der EU-Wirtschaftsleistung aus. Nach Prognosen der EU-Kommission bricht diese jedoch allein heuer um 8,3 Prozent ein. Die Mittel sind also viel zu gering, um der tiefen Krise gerecht zu werden.

Beihilfen sind nicht bedingungslos

Das größte Problem mit dem EU-Aufbauplan ist aber, dass die Beihilfen an Bedingungen geknüpft werden. Attac-Unterstützer*innen erinnern sich vielleicht, dass das Prinzip „Bedingungen für Hilfe“ in der Eurokrise eine katastrophale Rolle gespielt hat.

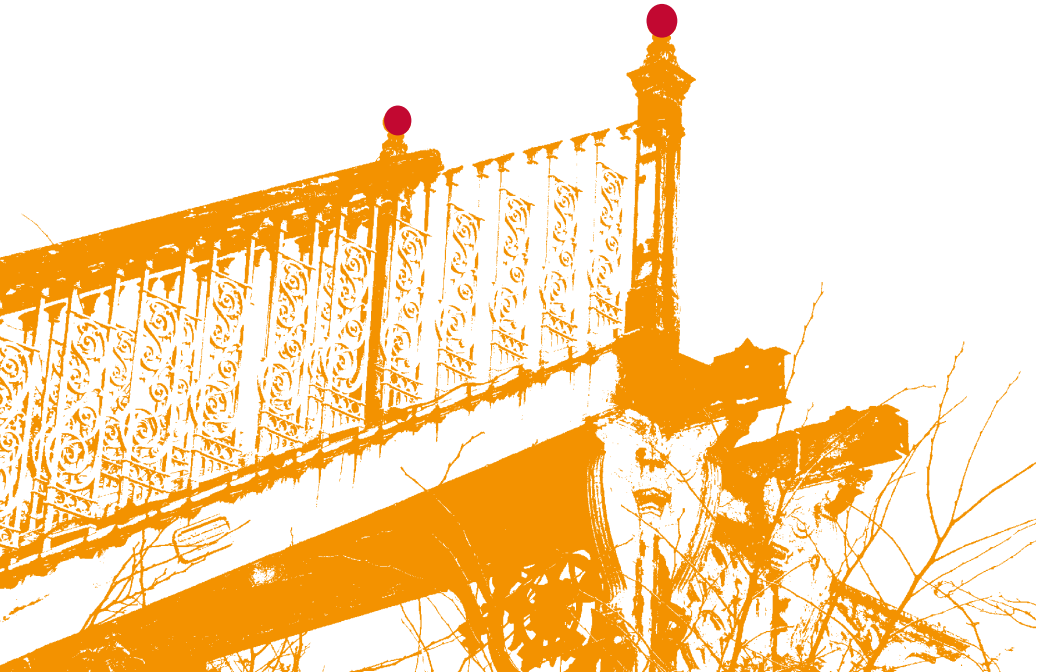
Die EU-Kommission wird diese Bedingungen für die Staaten festlegen – was genau kommt, ist offen. Aber: Der zentrale Mechanismus ist das sogenannte „Europäische Semester“, ein Regelwerk aus der Eurokrise. In seinem Rahmen gibt die EU-Kommission den Ländern jährlich Empfehlungen zur Wirtschaftspolitik – offiziell unverbindlich. Nun werden diese Empfehlungen verpflichtend für jene, die Beihilfen wollen.

Das Problem dabei: Bisher haben diese Empfehlungen eine klar neoliberale Schlagseite. Wie eine Studie der Ökonomin Emma Clancy zeigt, „empfahl“ die EU-Kommission zwischen 2011 und 2018 Staaten 105-mal Pensionskürzungen und 50-mal Maßnahmen gegen Lohnsteigerungen. Ganze 63-mal forderte sie sogar Kürzungen und Privatisierungen im Gesundheitssystem. Die EU-Corona-Hilfen werden nun also an ein Instrument gebunden, das in der Vergangenheit die Gesundheitsversorgung in Europa gefährdet hat.

Neoliberale Grundausrichtung der EU bleibt bestehen

Der Aufbauplan droht also, ein Werkzeug zur Durchsetzung von neoliberalen Reformen und Kürzungen zu werden. Er könnte auch zu noch stärkerem Wettbewerbsnationalismus in der EU führen. Denn jeder Staat darf anzweifeln, ob die anderen Staaten ihre Bedingungen brav einhalten, Beihilfen verzögern und sich mit nationalistischer Rhetorik gegenüber anderen Staaten profilieren.

Der Aufbauplan ändert nichts an der neoliberalen Grundausrichtung der EU, sondern passt diese nur an. Er löst auch die strukturellen Probleme der EU und der Eurozone nicht. Die EZB darf Staaten immer noch nicht direkt finanzieren, was gerade in der Krise dringend nötig wäre. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern beruhen weiterhin auf Steuer- und Standortwettbewerb, und nicht auf Kooperation. Bei Attac werden wir die Entwicklungen weiter kritisch verfolgen und gemeinsam mit Partner*innen aus ganz Europa für eine solidarische Krisenpolitik kämpfen.



wie konzerne die corona-krise nutzen könnten, um staaten zu plündern

konzernklagen gegen staaten boomen

von David Walch

„Ich denke definitiv, dass einige Staaten am Ende Fälle gegen Investoren verlieren werden – ungeachtet der Art und Weise, ob dies als unfair erscheinen könnte.“

(Schiedsanwalt Alex Yanos von Alston & Bird, 29. April 2020)

Ein Bericht der Brüsseler NGO Corporate Europe Observatory (CEO) und des Transnational Institute (TNI) von Mai 2020 zeigt, wie Konzerne durch Sonderklagerechte (ISDS) von der Corona-Pandemie profitieren könnten.

Internationale Anwaltskanzleien liefern Konzernen in Webinaren und Briefings bereits im Frühling konkrete Beispiele, wie sie staatliche Hilfsmaßnahmen gegen die Corona-Krise anfechten können, um ihre Profite zu verteidigen. Dabei ermöglicht es diese Paralleljustiz für Konzerne nicht nur, nationale Gerichte zu umgehen, sondern auch, Entschädigung für entgangene zukünftige Profite zu verlangen – etwas, was nach nationalen Rechtsstandards niemals möglich wäre. Dies würde die ohnehin schon immense finanzielle Belastung für viele Staaten nur noch weiter erhöhen.

Obwohl die Kanzleien wissen, wie schrecklich die Corona-Pandemie für die Staaten und die Menschen ist, arbeiten sie an einer Welle von Klagen gegen Staaten, welche die öffentlichen Kassen weiter plündern werden.

Der Bericht dokumentiert 10 Szenarien für mögliche Klagen gegen Corona-Schutzmaßnahmen anhand konkreter Beispiele, die von Anwaltskanzleien genannt wurden.

1: Klagen gegen Maßnahmen zur Bereitstellung von sauberem Wasser zum Händewaschen
2: Klagen gegen Maßnahmen zur Stützung des Gesundheitssystems
3: Klagen gegen Schritte in Richtung erschwinglicher Medikamente, Tests und Impfstoffe
4: Klagen gegen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus
5: Klagen gegen die Deckelung von Mieten oder Energiepreisen
6: Klagen gegen Schuldenerlässe für Haushalte und Unternehmen
7: Klagen gegen Maßnahmen zur Bekämpfung von Finanzkrisen infolge von Corona
8: Klagen gegen gerechte Steuern zur Finanzierung der Corona-Maßnahmen
9: Klagen gegen soziale Unruhen infolge der Pandemie
10: Das Geschäft für Prozessfinanzierer wird boomen

„Öffentliches Interesse“ nur begrenzt anwendbar

90 Prozent der heute geltenden Investitionsabkommen beinhalten kaum Ausnahmen für Maßnahmen im öffentlichen Interesse. Zudem müssten Staaten nachweisen, dass die von ihnen ergriffenen Maßnahmen die einzige Möglichkeit waren, mit dem durch die Pandemie verursachten Schaden umzugehen, was naturgemäß schwierig ist. Zusätzlich müssten die Staaten nachweisen, dass sie nicht zur Notsituation der Pandemie beigetragen haben – etwas, das gerade Staaten mit unterfinanzierten Gesundheitssystemen vor Probleme stellen könnte, wie Anwaltskanzleien betonen.

Paralleljustiz ersatzlos abschaffen

Die Rettung von Menschenleben und die Bewältigung der Krise sind wichtiger als die Gewinninteressen von Investoren. Daher müssen alle Klagemöglichkeiten von Investoren gegen staatliche Hilfsmaßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie sofort ausgesetzt werden. Mittelfristig müssen die Regierungen diese Paralleljustiz für Konzerne ersatzlos abschaffen.

vier forderungen für ein stabiles sozial- und ökosystem

klima-corona-deal

Übergabe des Klima-Corona-Deals an Klimaschutzministerin Gewessler am 17. Juli 2020

von David Walch

Die Covid-19-Pandemie hat der Welt gezeigt, wie schnell und entschlossen wir als Gesellschaft handeln können, um eine Katastrophe abzuwenden. Daraus müssen jetzt die richtigen Lehren gezogen werden, um die weltweite Klima- und Naturzerstörung einzudämmen. Jetzt ist der Zeitpunkt, den Wandel hin zu einer regionalen und kohlenstoffarmen Wirtschaft voranzutreiben.

Ein Bündnis von 94 Organisationen und Initiativen sowie mehr als 500 Wissenschaftler*innen hat im Mai die Initiative ergriffen und fordert von der Regierung einen „Klima-Corona-Deal für Österreich".

Mit dem Klima-Corona-Deal fordert das Bündnis den substantiellen und klimagerechten Umbau der Wirtschaft – statt Hilfen für Klimazerstörer wie die AUA. Dazu zählen etwa der Ausbau sauberer, erneuerbarer Energien, eine effiziente Energieverwendung bei Gebäuden und in der Industrie, der Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel und eine nachhaltige Landwirtschaft. Zudem sollen Investitionen in Pflege, Bildung, Gesundheit und Kinderbetreuung fließen.

4 Forderungen für ein stabiles Sozial- und Ökosystem:

- Die Regierung muss jetzt tausende – neue und langfristig sichere – klimafreundliche Arbeitsplätze schaffen. Sie muss dafür in Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie Beschäftigungsinitiativen investieren.
- Gelder aus den jetzigen Hilfs- und Konjunkturpaketen müssen dazu dienen, das 1,5 Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Für Öl, Kohle und Gas soll es kein Geld geben; auch nicht für Unternehmen, die die sozial-ökologische Transformation blockieren. Subventionen für fossile Energieträger müssen gestrichen werden.
- Die Zivilgesellschaft und alle Sozialpartner müssen an den Verhandlungen über die Verteilung der staatlichen Corona-Finanzhilfen beteiligt werden. Die Vergabekriterien müssen transparent gestaltet werden und dem 1,5 Grad-Ziel entsprechen. Die Bevölkerung muss in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden.
- Die Regierung muss einen fairen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung leisten. Die Schulden der ärmsten Staaten müssen gestrichen werden. Die Handels- und Investitionspolitik muss zudem Menschen- und Arbeit-nehmer*innenrechte sowie ambitionierte Umweltstandards fördern statt sie abzubauen.

Unter den unterstützenden Organisationen sind unter anderem: Attac, AUGE/UG – Alternative, Grüne und Unabhängige GewerkschafterInnen, GLOBAL 2000, Greenpeace, die Fridays for Future, Extinction Rebellion, System Change – not Climate Change!, der WWF Österreich und CliMates Austria.

Unter den 577 unterstützenden Wissenschaftler*innen sind unter anderem Renate Christ, ehem. Leiterin des Sekretariats des „Weltklimarat" (IPCC), die Klimaforscherin Helga Kromp-Kolb, die Ökonomin Sigrid Stagl, der Mediziner Hans Peter Hutter oder der Politologe Ulrich Brand.

Der Klima-Corona-Deal kann von Organisationen unter *www.attac.at/klima-corona-deal* unterzeichnet werden.

20 jahre attac österreich

bewegung steht nie still!

1997 riss eine gigantische Spekulationswelle Südostasien in die Krise. Der Chefredakteur der in acht Sprachen erscheinenden „Le Monde diplomatique“, Ignacio Ramonet, publizierte daraufhin im Dezember 1997 einen Aufruf zur Kontrolle der Finanzmärkte. Am 3. Juni 1998 wurde Attac in Frankreich gegründet.

Inspiriert durch diese Gründung setzte sich vor 20 Jahren auch in Österreich eine kleine Gruppe engagierter Menschen das ehrgeizige Ziel, die Wirtschaft zu demokratisieren und auf die langfristigen Überlebensinteressen der Menschheit auszurichten. Am 6. November 2000 wurde Attac Österreich gegründet.

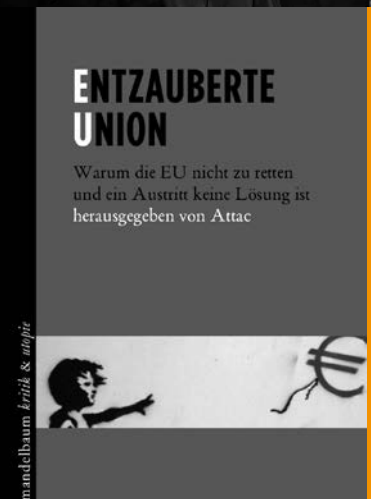
Aus einer überschaubaren Initiative entwickelte sich Attac seither zu einer einzigartigen Mischung aus zivilgesellschaftlicher Organisation und sozialer Bewegung, die sich inhaltlich, strategisch und personell ständig weiterentwickelt, dabei aber ihre ehrenamtlichen und aktivistischen Strukturen bewahrt.

Unterstützt von tausenden Mitgliedern und Spender*innen sowie den vielen Aktivist*innen, Interessierten und Kooperationspartner*innen können wir auf einen kontinuierlichen Anstieg an öffentlicher Glaubwürdigkeit und politischer Relevanz zurückblicken. Darauf können wir alle stolz sein!

Auf den folgenden Seiten gibt es ein paar Einblicke in die vergangenen zwei Jahrzehnte, die hoffentlich schöne Erinnerungen wecken!

Attac-Gründungsveranstaltung mit Susan George, Stephan Schulmeister, Ursula Baatz, Brigitte Unger, Karin Küblböck, Christian Felber

20 jahre informieren



20 jahre demonstrieren

20 jahre diskutieren

20 jahre feiern

MERCOSUR

nein muss nein bleiben!

von Alexandra Strickner

Das österreichische Parlament hat der Regierung bereits 2019 klar gesagt, was die Position Österreichs zum Klimakillerabkommen EU-Mercosur sein muss: ein unmissverständliches Nein – ohne Wenn und Aber.

Österreich ist mit dieser ablehnenden Haltung nicht mehr allein: Auch das wallonische Parlament lehnt das Abkommen ab, und das niederländische Parlament hat im Frühling 2020 die Regierung ebenfalls dazu aufgefordert. In Frankreich äußert sich der französische Präsident Emanuel Macron bislang kritisch, im September 2020 kamen auch die EU-Agrarminister*innen dazu. Angela Merkel sah sich in einem Gespräch mit Greta Thunberg angesichts der Brände im Amazonas dazu genötigt, sich zur Unterzeichnung des Abkommens kritisch zu äußern. Wie schon bei TTIP und CETA lehnen drei Viertel der Menschen in der EU laut einer Umfrage der Organisation „Sum of Us“ das Abkommen ab, in Österreich und Frankreich sogar fast 90 Prozent.

Auch die Stimme der Wissenschafter*innen wird immer lauter. Neue Analysen zeigen, dass das Abkommen im Widerspruch zu den Pariser Klimazielen steht. Schon jetzt treiben Rinderzucht, Sojaanbau und der Anbau von Zuckerrohr für die Erzeugung von Agrotreibstoffen die Abholzung und Zerstörung des Amazonas sowie anderer Wälder in den Mercosur-Ländern voran. Die im Abkommen vorgesehene Erhöhung von Importquoten für Rind- und Hühnerfleisch oder Ethanol befeuern diesen Trend im wahrsten Sinne des Wortes.

Im August 2020 hat das INPE (das brasilianische Forschungsinstitut, das die Entwicklung der Brände beobachtet) auf Basis von Satellitenbildern mehr als 29.307 Brände im gesamten Amazonasgebiet entdeckt. Allein in *Amazonas* – einer der neun Regionen des Amazonasgebietes – gab es 7.600 Brände, um 1.000 mehr als im Vorjahr!

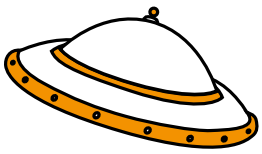
Und dennoch: EU-Konzerne wollen dieses Abkommen unbedingt. Viele EU-Länder sprechen sich noch immer nicht dagegen aus. Trotz der Aussagen von Angela Merkel setzt sich die deutsche Regierung – sie hat zur Zeit die EU-Ratspräsidentschaft inne – dafür ein, das Abkommen und den Ratifizierungsprozess auf den Weg zu bringen.

Angesichts der Zerstörung des Amazonas und der drohenden Ratifizierung des Abkommens sind in den letzten Wochen neue Zusammenschlüsse und Netzwerke entstanden. Im Sommer fand die erste weltweite Online-Versammlung für den Amazonas statt – organisiert und getragen von vielen sozialen Bewegungen und indigenen Organisationen in den Amazonas-Ländern (*www.asambleamundialamazonia.org*). Neue globale Vernetzungen sind aus dieser Versammlung entstanden, um gemeinsam für die Rettung des Amazonas, der Lebensräume der indigenen Bevölkerung und gegen das EU-Mercosur-Abkommen zu kämpfen. Ende August gab es den ersten weltweiten Amazonasstreik – auch in Österreich.

Für uns ist klar: Wir werden in Österreich gemeinsam mit der Plattform Anders Handeln sicherstellen, dass das Nein ein Nein bleibt. Sei dabei!

Mehr Informationen unter:
attac.at/mercosur-stoppen

Attac-Protestaktion beim Amazonasstreik



österreichs banken lobbyieren erfolgreich für sonderklagerechte

die allgemeinheit verliert auf jeden fall

von David Walch

Ob in CETA, in TTIP oder in vielen anderen Investitionsabkommen: Seit vielen Jahren kritisieren wir Sonderklagerechte für Konzerne – kurz ISDS (Investor to state dispute Settlement). Sie geben ausländischen Konzernen das Recht, Staaten wegen neuer Gesetze auf Schadensersatz zu verklagen, wenn sie der Meinung sind, dass diese ihre Profite schmälern. Sie bedrohen eine Politik im Interesse des Gemeinwohls und sind mit der Demokratie unvereinbar.

Wenig bekannt ist, dass auch zwischen EU-Staaten zahlreiche Abkommen existier(t)en, welche die diese Paralleljustiz enthalten. Diese „Intra-EU Investitionsabkommen“ wurden ursprünglich zumeist zwischen west- und osteuropäischen Staaten nach dem Zerfall der Sowjetunion geschlossen und beim EU-Beitritt dieser Staaten nicht beendet. Auch Österreich hat einige solche Abkommen abgeschlossen.

EU-Staaten beenden Paralleljustiz – Österreich wartet ab

Am 5. Mai 2020 haben 23 von 27 EU-Staaten ein Abkommen unterzeichnet, das diese Sonderklagerechte zwischen EU-Staaten beendet. Es trat mit September 2020 in Kraft.

Grund dafür ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) aus dem Jahr 2018, das diese Intra-EU Investitionsabkommen für unvereinbar mit EU-Recht erklärt. Den konkreten Anlass dafür lieferte der sogenannte Achmea-Fall*, ein Streit zwischen dem niederländischen Unternehmen Achmea und der Slowakei, der vor dem EuGH landete.

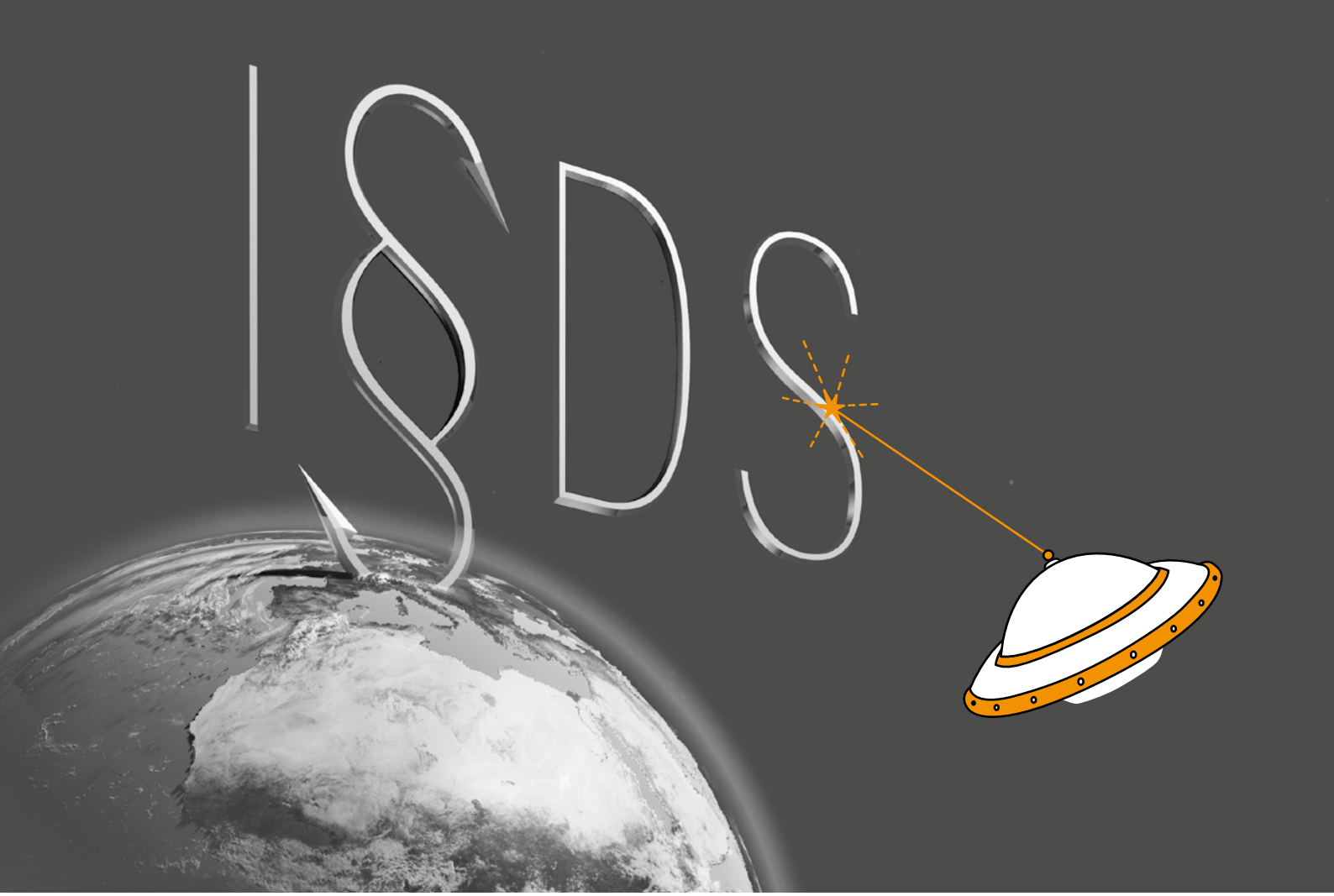
Als eines von nur vier Ländern hat Österreich dieses Abkommen jedoch überraschenderweise nicht unterzeichnet (die anderen drei sind Schweden, Irland und Finnland). Bemerkenswert daran ist, dass die Übergangs-Regierung Bierlein das entsprechende Beendigungsabkommen im Dezember 2019 genehmigt und die erforderlichen Schritte für die Unterzeichnung in die Wege geleitet hatte.

Österreichische Banken klagen – und auch Österreich wird verklagt

Laut Rechtsexpert*innen sind die Gründe für den Schwenk der Regierung offensichtlich: Aktuell laufen noch vier ISDS-Klagen österreichischer Banken gegen Kroatien bei Schiedsgerichten. Die Raiffeisenbank, Erste Bank, Addiko Bank und Bank Austria setzen auf Sonderklagerechte, um ihre Interessen durchzusetzen und stützen sich auf das österreichische Investitionsabkommen mit Kroatien. Ein sofortiges Ende der Klagerechte käme ihnen also höchst ungelegen, weshalb sie offensichtlich erfolgreich gegen eine Unterzeichnung lobbyiert haben.

Insgesamt basieren 11 der 25 bekannten ISDS-Klagen von österreichischen Konzernen auf EU-internen Investitionsabkommen. Beispielsweise klagte die EVN AG 2013 gegen Bulgarien, weil sie sich bei der Preisfestsetzung für Strom und der Vergütung von erneuerbarer Energie durch den bulgarischen Staat finanziell benachteiligt sah.

Doch umgekehrt hat auch Österreich bereits mit einer Klage „Bekanntschaft gemacht“: Die Meinl-Bank klagte Österreich auf der Grundlage des österreichischen Investitionsabkommens mit dem Steuersumpf Malta. Kurz davor hatte die Meinl-Bank-Mutter den Firmensitz auf Malta verlegt. Zwar obsiegte Österreich in dem Verfahren, die Verfahrenskosten für die Republik beliefen sich aber auf rund 5 Millionen Euro. Die Allgemeinheit verliert also in jedem Fall, wenn Konzerne Sonderklagerechte erhalten, die sonst niemand in der Gesellschaft hat. Nach der zurückgewiesenen ersten Klage hat die Meinl-Bank die Republik wegen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft auf 400 Millionen Euro Schadensersatz zum zweiten Mal geklagt – Ausgang ungewiss.



Regierung will das Ende der aktuellen Abkommen hinauszögern, bis man Ersatz vereinbart hat

Aber warum kann Österreich überhaupt ein Urteil des EuGH übergehen? Klar ist, dass Österreich die entsprechenden Abkommen nicht unbegrenzt weiterlaufen lassen kann.
Das Wirtschaftsministerium erklärte noch im Mai 2020 dazu, man wolle die entsprechenden Abkommen mit den jeweiligen Ländern einzeln kündigen.

Doch zusätzlich streben Österreich und sechs andere EU-Staaten einen „Alternativmechanismus“ an, um den Konzernen EU-Rechts-kompatible Sonderklagerechte zu ermöglichen. Die Taktik der Regierung ist offensichtlich: Man will das Ende dieser Paralleljustiz im Interesse klagender Banken so lange wie möglich hinauszögern – bis man eben einen Ersatz dafür vereinbart hat.

Sonderklagerechte beenden, aber dalli dalli!

Für uns ist es ein Skandal, dass die Regierung den EuGH-Beschluss und einen schon vorhandenen Ministerratsbeschluss nicht umsetzt – und damit nicht die Interessen der Allgemeinheit, sondern jene von Konzernen vertritt. Zudem haben Investoren haben ausreichend Rechtssicherheit für ihre Investitionen, was in besonderem Maß für die EU gilt.

Die Zahl der ISDS-Klagen ist in den letzten zehn Jahren in die Höhe geschnellt. Derzeit gibt es 1023 bekannt gewordene Fälle. Auf Basis der verfügbaren Daten wurden Staaten bisher zu insgesamt 102,15 Milliarden US-Dollar an Entschädigungszahlungen an Konzerne verurteilt.

Diese Zahl steigt möglicherweise bald weiter an, denn Anwaltskanzleien, die auf solche Klagen spezialisiert sind, schreiben jetzt schon Analysen für Konzerne – mit Blick auf potentielle Klagen gegen Staaten aufgrund vom Maßnahmen gegen die Covid-19 Pandemie (siehe Seite 9).

Wir fordern daher die Regierung auf, sich für das Ende jeglicher Sonderrechte einzusetzen – sowohl innerhalb der EU als auch weltweit.

*

Der niederländische Konzern Achmea trat 1997 in den slowakischen Versicherungsmarkt ein und expandierte 2006 auf den Krankenversicherungsmarkt. Nach einer Reihe von nationalen Reformen beschloss Achmea, eine Klage vor einem ISDS-Tribunal auf der Grundlage des niederländisch-slowakischen Investitionsvertrags einzureichen. Die slowakische Regierung verlor die Klage, wurde zur Zahlung von 25 Millionen Euro verurteilt und weigerte sich zu zahlen. Als Achmea beschloss, den Schiedsspruch vor deutschen Gerichten durchzusetzen, fragte der deutsche Bundesgerichtshof den EuGH, ob der ISDS-Mechanismus mit den EU-Verträgen vereinbar sei.

ohne demokratisierung der wirtschaft kein gutes leben für alle

gemeineigentum muss gestärkt werden

von Alexandra Strickner

Es kann keine wirkliche politische Demokratie geben, wenn es keine Annäherung an eine Wirtschaftsdemokratie gibt.
(Theodore Roosevelt)

Die Konzentration von wirtschaftlicher Macht in den Händen weniger Konzerne und die Konzentration des Vermögens – von Land, Immobilien und Geld – in den Händen von immer weniger Menschen sind Ausdruck dafür, dass unser heutiges Wirtschaftssystem nur für einige wenige gut ist. Dazu geführt haben die Liberalisierung der Finanzmärkte in den letzten Jahrzehnten, die Schaffung eines globalen Marktes durch immer mehr Handels- und Investitionsabkommen, der Druck (seitens des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank oder der EU) öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren und viele weitere politische Maßnahmen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise (2007/08) hat die führenden Banken, Industrie- und Handelskonzerne noch größer und mächtiger gemacht als zuvor. Und durch die Covid-19 Krise wächst die Macht der digitalen Konzerne – allen voran Amazon.

Diese enorme Konzentration von wirtschaftlicher Macht bei immer weniger Menschen und Unternehmen spiegelt sich auch in einer zunehmenden Machtasymmetrie zwischen Kapital und demokratischer Politik wieder. Vertreter*innen von Konzernen und Vermögenden sind auf allen Ebenen – ob im eigenen Land, in der EU oder auf internationaler Ebene – eng verbandelt mit Politiker*innen, Parteien und Institutionen. Vielfach wechseln Politiker*innen oder hohe Verwaltungsbeamte in der EU nach ihrer politischen Tätigkeit in die Aufsichtsratsetagen von Konzernen oder Beratungsunternehmen.

Manager*innen werden Minister*innen oder in die Verwaltung geholt, um im Krisenfall „die beste Lösung“ auszuarbeiten – im Interesse der Konzerne und Vermögenden versteht sich.

Wir haben bereits 2016 im Buch „Konzernmacht brechen! Von der Herrschaft des Kapitals zum guten Leben für alle.“ die Frage der wirtschaftlichen Konzentration, die Frage des Eigentums und die Frage der Mitbestimmung als zentrale Themen benannt und Ansätze beziehungsweise Strategien aufgezeigt, um diese Macht zu brechen.

Diese Fragen gewinnen zunehmend an Brisanz und Relevanz und werden von immer mehr Akteur*innen aufgegriffen. 2019 organisierte das Transnational Institute den internationalen Kongress „The future is public. Towards a democratic ownership of the Economy“ (*www.futureispublic.org*). Im Zentrum der Konferenz stand der Erfahrungsaustausch von sozialen Bewegungen, von Gewerkschafter*innen und von Gemeinderäten aus allen Kontinenten über ihren Kampf um die Rekommunalisierung von Wasser, Stromversorgung und Abfallentsorgung. Auch die Entwicklung und Umsetzung von Strategien, wie Gemeindegelder für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort genutzt werden können, wurden thematisiert.

Im gleichen Jahr erschien das Buch „The Making of a Democratic Economy“ von Marjorie Kelly und Ted Howard. Darin beschreiben sie konkrete Erfahrungen der Demokratisierung der Wirtschaft im Interesse der vielen in den USA und Großbritannien. Im Buch werden unter anderem verschiedene Ansätze der Übernahme von Unternehmen durch die Beschäftigten vorgestellt oder auch neue Formen der Zusammenarbeit von Gemeinden, Arbeiter*innenkooperativen und Institutionen wie Universitäten oder Krankenhäusern. Die gemein-

samen Ziele sind lokale Wertschöpfung, gute Arbeit, Inklusion und die Stärkung der Gemeinschaft.

In „Die Ökonomie des Alltags – für eine neue Infrastrukturpolitik“ (herausgegeben vom Foundational Economy Collective, 2019) wird dafür argumentiert, dass jene Teile der Wirtschaft, welche die Sicherung der Lebensgrundlagen garantieren und so menschliches Überleben ermöglichen, uns allen gehören bzw. gemeinsam organisiert werden müssen. Dazu zählen die wirtschaftlichen Aktivitäten des füreinander und miteinander Sorgens – wie die Lebensmittel- und Gesundheitsversorgung, Strom, Wasser, Gas, Öffis, Müllabfuhr, Kinderbetreuung, Schulen und Wohnraum. In all diesen Bereichen müssen die Bürger*innen und Nutzer*innen mitreden und mitgestalten können.

In dieselbe Kerbe schlägt Raul Zelik in seinem kürzlich erschienen Buch „Wir Untoten des Kapitals. Über politische Monster und einen grünen Sozialismus“ und sagt: Ohne eine Stärkung des Gemeineigentums wird weder der ökologische Kollaps noch der drohende Sturz in den Autoritarismus zu verhindern sein.

Auch soziale Bewegungen thematisieren diese Fragen (abseits von der Rekommunalisierung von Wasser oder Energie). In Deutschland haben sich 2019 viele Menschen aufgrund jahrelanger Spekulation und explodierender Mieten zur Kampagne „Deutsche Wohnen enteignen“ zusammengeschlossen. Im Frühling 2020 gab es rund um die umstrittene Rettung von wirtschaftlich schwer angeschlagenen Fluggesellschaften von einigen zivilgesellschaftlichen Akteuren die Forderung, die Luftfahrtunternehmen zu vergesellschaften und im Sinne der Klimaschutzziele umzubauen.

Wenn wir also eine Wirtschaft(sweise) wollen, die unsere grundlegenden Bedürfnisse befriedigt, die Lebensgrundlagen erhält und im Interesse der vielen organisiert ist, müssen wir das Gemeineigentum stärken und ausbauen. Wir müssen Unternehmensformen stärken oder überhaupt erst ermöglichen, die demokratische Mitsprache ohne Existenzangst schaffen beziehungsweise die Besitzstrukturen demokratisieren.

Buchtipp: Zukunftsfähiges Wirtschaften (Beltz Juventa 2020) von Andreas Novy, Richard Bärnthaler und Veronika Heimerl behandelt zentrale Fragen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft unter dem Aspekt der ökologischen Nachhaltigkeit. Heutige Herausforderungen werden in historische Zusammenhänge eingebettet. Das Buch ist ein Reiseführer durch unsere sozioökonomische Vergangenheit, Gegenwart und denkbare Zukunft.

warum haben wir texte in „leicht lesbar“?

leicht lesbar

von Ulrike Peuerböck

Attac Österreich versucht klar und verständlich zu schreiben. Doch Wirtschaftssprache ist für viele schwer verständlich. Als ich zu Attac kam, stolperte ich über Begriffe wie „Ernährungssouveränität“, „gemeinwohlorientierte Finanzwirtschaft“ oder „Glokalisierung“.

Für Personen mit einer anderen Muttersprache als Deutsch ist es hilfreich, zuerst Texte in leicht verständlich zu lesen. Und wenn Schüler*innen zuerst mit leicht verständlichen Texten arbeiten, merken sie, dass auch die schwierigen Positionspapiere verständlich werden. Menschen, die sich mit Lesen seit der Schule schwertun, haben mit den leicht lesbaren Texten keine Probleme. Üblicherweise sind die meisten Texte auf dem Sprach-Niveau C1. Das schließt viele Personen aus. Doch Informationen sind für alle da. Und so müssen sie auch für alle aufbereitet werden.

Hier eine Kostprobe aus unserer Deklaration 2010

Originaltext

Transformationspfad Ernährungssouveränität

Die Industrialisierung der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion sowie die Förderung eines globalen Agrarmarktes durch Freihandelsabkommen (z. B. das WTO Agrarabkommen) sind wesentliche Ursachen für zerstörte bäuerliche Betriebe, übernutzte Ressourcen, enorme Markt- und Machtkonzentration in den Händen weniger Agrar-, Lebensmittel- und Einzelhandelskonzerne sowie für mehr als eine Milliarde hungernde Menschen.

Dem stellen wir das Konzept der Ernährungssouveränität entgegen: Ernährungssouveränität orientiert sich am Menschenrecht auf Nahrung. Sie beinhaltet das Recht von Menschen Lebensmittel- und Agrarpolitiken und damit die Art und Weise der Produktion, Verteilung und des Konsumierens von Lebensmitteln selbst zu bestimmen. (...)

Der Text in „leicht lesbar“

Ein Weg der Veränderung: Die Bevölkerung hat das Recht, ihre Ernährung und Landwirtschaft selbst zu bestimmen

So ist es jetzt:
Oft stellen nicht mehr die Bauern und Bäuerinnen die Nahrungsmittel her. Die Anbauflächen wurden so groß, dass große Maschinen nötig sind. Durch die riesigen Anbauflächen gehören die Nahrungsmittel, wie z. B. Weizen für Brot, sehr großen Firmen, sogenannten Konzernen. Diese Konzerne können regeln, wie viel von einem Lebensmittel auf den Markt kommt. Nun gibt es viel weniger Bäuerinnen und Bauern. Der Hunger in der Welt wird dadurch größer.

So soll es sein:
Nahrung ist ein Menschenrecht. Daher wollen wir, dass alle Menschen ein Recht auf gesunde Nahrung haben, die so nah wie möglich hergestellt werden. Dazu sagt man „Ernährungssouveränität“. Es ist das Recht der Bevölkerung, ihre Ernährung und Landwirtschaft selbst zu bestimmen. (...)

Die wichtigsten Regeln für leicht lesbare Texte:

- Ziel ist den Text besser zu verstehen und nicht stilistisch gut zu sein.
- Daher: gleiche Wörter für gleiche Dinge. Einfache Wörter sind besser verständlich. Fremdwörter kann man ersetzen oder erklären.
- Die Sätze sind kürzer – also keine Schachtelsätze verwenden.
- Alltagssprache gebrauchen und mit Beispielen ergänzen.
- Eine größere Schrift verwenden, dann wird das Lesen einfacher.
- Absätze und Aufzählungen erleichtern das Lesen.
- Abkürzungen nur verwenden, wenn sie allgemein bekannt sind.
- Grafiken lockern auf und unterstützen die Aussagen.

Bitte verzweifelt nicht bei den ersten Versuchen leicht lesbare Texte zu schreiben! Übung hilft. Hilfe findet ihr auch auf verschiedenen Websites, die Begriffe leicht erklären („leichte Sprache“).

Bitte schicken Sie das Formular per Fax, E-Mail oder per Post an:

Attac Österreich,
Margaretenstraße 166/3/25
1050 Wien

Fax:
+43/1/544 00 59

E-Mail:
verwaltung@attac.at

jetzt

Attac unterstützen!

unser engagement braucht zeit – und auch geld.

Attac ist ein internationales Netzwerk ehrenamtlich engagierter Menschen, die sich für eine demokratische und sozial gerechte Gestaltung der globalen Wirtschaft einsetzen. Wir informieren über wirtschaftspolitische Zusammenhänge, entwickeln politische Forderungen, vernetzen uns mit sozialen Bewegungen auf der ganzen Welt und fördern Alternativen auf lokaler Ebene.

Unser Engagement braucht Zeit und auch Geld. Attac ist parteiunabhängig und finanziert sich über Spenden und Mitgliedsbeiträge. Nur durch regelmäßige finanzielle Unterstützung können wir unsere Tätigkeiten fortführen.

Unterstützen auch Sie Attac!
Mit Ihrer Spende und Ihrer Mitgliedschaft stärken Sie unsere Arbeit für eine demokratische und sozial gerechte Gestaltung der Wirtschaft.
Bitte überweisen Sie Ihre Spende oder Ihren Mitgliedsbeitrag mittels SEPA-Lastschriftmandat und helfen Sie uns so Kosten zu sparen. Ein Widerruf ist jederzeit und ohne Begründung oder Fristen möglich.

Einziehungsermächtigung

Vor- und Familienname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail Geburtsjahr

Bitte ziehen Sie meinen Mitgliedsbeitrag mittels Einziehungsermächtigung ein.

IBAN BIC

Meine Unterstützung

Mitgliedschaft:

o Sozial 15 €/Jahr o Standard: 45 €/Jahr
o Fördermitglied: 90 €/Jahr o Top-Fördermitglied: 225 €/Jahr
o _____ € [Betrag selbst wählen]
o optional mit Frauenermäßigung –33 % [Die Einkünfte von Frauen liegen im Durchschnitt noch immer ein Drittel unter jenen der Männer.]

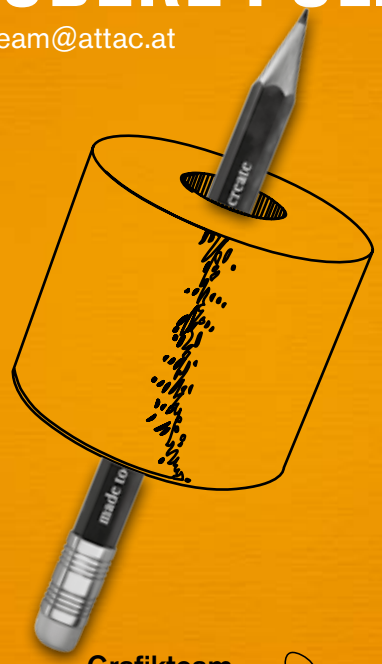
Abbuchung:

o monatlich o vierteljährlich o halbjährlich o jährlich

Datum _____ Unterschrift _____

IDEEN FÜR EINE SAUBERE POLITIK

grafikteam@attac.at



Grafikteam

%attac

NUTZEN SIE DIE ATTAC-KANÄLE!

attac.at/telegram

twitter.com/attacAustria

youtube.com/c/AttacAustria

attac.at/newsletter

flickr.com/photos/attac-austria/albums

instagram.com/attacaustria

facebook.com/attac.at

attac.at/radioattac

%attac

SONNENTOR®

ALLES EINE FRAGE DER PERSPEKTIVE

Was im Regal oft nur ein paar Cent mehr kostet, bedeutet weniger Pestizide auf deinem Teller, faire Preise für unsere Bauern, mehr Vielfalt am Feld, regionale Arbeitsplätze, Unabhängigkeit von multinationalen Konzernen und erheblich weniger Klimaschäden. So gesehen gar nicht schlecht für ein paar Cent.

www.sonnentor.com/esgehtauchanders

#EsGehtAuchAnders

HIER FINDEST DU MEHR INFOS!

ÖGB VERLAG | SHOP

Für Arbeit, Recht, Soziales

shop.oegbverlag.at

Gratisversand in Österreich

Klassenreise

Wie die soziale Herkunft unser Leben prägt

Betina Aumair/Brigitte Theißl

2020 / 140 Seiten / EUR 19,90 / ISBN 978-3-99046-429-8

Klassenreisende begeben sich auf einen Weg, der für sie nicht vorgesehen ist: Aufgewachsen in einkommensarmen Haushalten sind sie oft die ersten in der Familie, die an einer Universität studieren. Weder in der einen noch in der anderen Welt zuhause, fühlen sich viele ihr Leben lang im Dazwischen. Dort, wo sie sind, dürften sie eigentlich nicht sein. Sie erleben den „Aufstieg" als Chance, aber auch als Bruch und als schmerzhafte Erfahrung. Die Autorinnen porträtieren elf Personen, deren Geschichte mit dem Mythos „Aufstieg durch Leistung" bricht. Sie machen deutlich, wie stark uns die soziale Herkunft prägt und welche Rolle dabei Geschlecht oder Migration spielen. Die Klassenreisen-Porträts sind aber auch ein Stück Zeitgeschichte, sie erzählen vom Stadt-Land-Gefälle, von Regionalentwicklung und österreichischer Sozialpolitik.

Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

Rathausstraße 21, 1010 Wien | shop@oegbverlag.at | Telefon 01/405 49 98-132 | Fax 01/405 49 98-136

Durchgehend geöffnet, Montag bis Freitag, 9.00–18.00 Uhr

CORONA
LASTEN-
AUSGLEICH